

Damen und Herren
der Presse

Saarbrücken, den 09.03.2015

Landkreistag Saarland: Junkernheinrich-Gutachten bestätigt die Einschätzung zu den Ursachen der kommunalen Finanznot im Saarland

Im Anschluss an die Vorstellung des Gutachtens zur kommunalen Finanzsituation im Saarland von Prof. Martin Junkernheinrich von der Universität Kaiserslautern sieht sich der Landkreistag Saarland in seiner Einschätzung der Ursachen der kommunalen Finanznot im Saarland bestätigt. Der Landkreistag Saarland fordert daher erneut ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Land, Landkreisen und Gemeinden zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen im Saarland. "Die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken sind nicht das Problem, im Gegenteil, sie sind insbesondere im Bereich der interkommunalen Kooperation Teil der Lösung", erklärte die Vorsitzende des Landkreistages, Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider. Insgesamt stelle das Gutachten eine gute Grundlage für den Weg aus der kommunalen Schuldenfalle dar.

Die Ausführungen von Prof. Junkernheinrich von der Universität Kaiserslautern, den das Land mit einem Gutachten zur kommunalen Finanzsituation im Saarland beauftragt hat, sind ein deutlicher Warnruf an die Verantwortlichen im Land, jenseits populistischer Forderungen nach Gebietsreformen ihre Hausaufgaben zu machen. Danach haben Bund, Land, Landkreise und Gemeinden in den nächsten Jahren ihre spezifischen Beiträge zur Verbesserung der Kommunalfinanzen zu leisten:

- von den jährlich fehlenden 160 Mio. € bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben sind nach Prof. Junkernheinrich zu einem Großteil verursacht durch die unzureichenden Finanzaufweisungen des Landes an die kommunale Ebene im Saarland;
- Bund und Länder müssen endlich auch ihrer finanziellen Verantwortung für die z.T. drastisch steigenden Soziallasten der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken gerecht werden.
- Die saarländischen Landkreise, aber auch die saarländischen Städte und Gemeinden müssen ihren Beitrag zur Verringerung der kommunalen Finanznot leisten.

"Wir sind jederzeit bereit, uns als Landkreise und Regionalverband Saarbrücken einer weitergehenden Untersuchung unserer Kostenstruktur zu unterziehen", erklärte die Vorsitzende des Landkreistages am heutigen Tag. Der Vorschlag des saarländischen Innenministers werde im Vorstand des Landkreistages am 15.04.2015 beraten und zur Abstimmung gestellt. Bisher zeichne sich im Vorfeld eine breite Unterstützung für dieses Vorgehen ab. "Wir sind uns aber auch sicher, dass wir diese Untersuchung mit Bravour bestehen werden". Alle vorliegenden Daten bestätigen dies aus Sicht des Landkreistages:

1. Kommunalfinanzen

- die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken verausgaben derzeit jährlich rund 1 Mrd. € landesweit, fast ausschließlich für gesetzliche Aufgaben in den Bereichen soziale Sicherung und Schulen;
- sie versorgen damit über 100 000 Menschen im Saarland mit Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums, Kindergartenplätzen oder Schulen
- nur 0,5 % davon, als etwa 5 Mio.€ sind sogenannte freiwillige Leistungen für Projekte wie den Kulturpark Reinheim Bliesbrück oder Ähnliches;
- Beispiel Jugendhilfe (Quelle: Statistisches Bundesamt) !: im Jahr 2013 gaben die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken hier insgesamt 480 Mio. € landesweit aus (+ 8,6 % gegenüber 2012, bundesweit + 10,2 %). Hiervon flossen 269 Mio. € in die Kinderbetreuung, also 56 % in die Förderung von Kindergärten oder Kinderkrippen (+ 10,2 % gegenüber 2012, bundesweit + 13,0 %).

- Die verstärkten Ausgaben in der Kinderbetreuung sind politisch von allen Parteien gewollt und über den Rechtsanspruch des einzelnen Kindes gesetzlich verankert;
- Bei den Hilfen zur Erziehung betragen die Ausgaben 2013 im Saarland 154 Mio. € (+ 5,5 % gegenüber 2012, bundesweit + 6,1 %)
- Im bundesweiten Vergleich sind die Ausgabensteigerungen in der Jugendhilfe im Saarland unterdurchschnittlich, bei den Hilfen zur Erziehung liegen 10 von 16 Bundesländern z.T. deutlich über den Steigerungsraten im Saarland (siehe beiliegende Statistik).
- Auch die eigene Untersuchung im Vergleich mit Rheinland-Pfalz belegen dies (Integrierte Berichterstattung in der Jugendhilfe).
- Beispiel: Personal (Quelle: Personalstatistik des Bundes und des Deutschen Landkreistages): 2013 hatten die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken 3,28 Vollzeitstellen je 1000 Einwohner (bundesweit 3,73 Vollzeitstellen je 1000 Einwohner), die saarländischen Gemeinden hatten 9,71 Vollzeitstellen je 1000 Einwohner (bundesweit bei den kreisangehörigen Gemeinden 8,34 !)
- Mithin hatten die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken 2013 gegenüber dem Bundesdurchschnitt 13 % weniger Vollzeitstellen je 1000 Einwohner.
- Fazit: Die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken gehen im bundesweiten Vergleich trotz z.T. sehr hoher sozialstruktureller Belastungen (hoher Armutsanteil bei Kindern und Jugendlichen, sehr hoher Anteil an Alleinerziehenden) offensichtlich sparsam und vorsichtig mit ihren finanziellen Ressourcen um - trotz gegenteiliger Behauptungen und Diskussionen in der Öffentlichkeit
- das eigentliche Problem bei den Kommunalfinzen im Saarland ist nicht das Ausgabengebaren der Landkreise, sondern die völlig irrwitzige Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben, die die Landkreise zu erfüllen haben, über Umlagen von den Städten und Gemeinden. Bund und Land machen die Gesetze, die Landkreise müssen sie ausführen und erheben das Geld hierzu von den Gemeinden.
- hinzu kommt, dass das Land seiner Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Landkreise nicht nachkommt bzw. die mangelnde Finanzausstattung der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken noch deutlich verschärft (Wegfall des Kreisanteiles bei der Grunderwerbsteuer, fehlende Durchleitung von Bundesmitteln an die Landkreise)

2. Kommunalreform

- das Saarland steht im bundesweiten Vergleich mit seiner Verwaltungsstruktur gut da. Im Vergleich zu anderen Flächenländern ist die Verwaltungsstruktur übersichtlich und stringent geregelt. Es gibt 3 Verwaltungsebenen mit spezifischem Aufgabenzuschnitt. Im Nachbarland Rheinland-Pfalz gibt es demgegenüber 4 Verwaltungsebenen und darüber hinaus noch eine beachtliche Zahl von Sonderbehörden (ADD u.ä).
- Von der Einwohnerzahl her sind die saarländischen Landkreise und die saarländischen Gemeinden im bundesweiten Vergleich einwohnerstark (auch bei zurückgehender Bevölkerung). Die bayerischen Landkreise sind z.B. im Durchschnitt deutlich kleiner als die saarländischen. Die Einwohnerdichte der saarländischen Landkreise liegt im Landesdurchschnitt bei 380 Einwohnern / km², in Mecklenburg-Vorpommern bei 60 (letztes Bundesland mit einer Kreisgebietsreform).
- Dennoch gibt es auch im Saarland Doppelstrukturen zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen (Beispiel: Untere Bauaufsicht bei Städten und Landkreisen, das gleiche gilt für untere Waffenbehörden, Rechnungsprüfungsämter u.ä.);
- Hier gilt es erneut zu prüfen, wer was macht und ggfls. die Zuständigkeiten neu zu ordnen. Bei der Neuordnung muss der Grundsatz der flächendeckenden Versorgung aller Bürger (Bürgernähe) und der gebotenen Sachlichkeit (Fachkompetenz) gewährleistet sein.
- Darüber hinaus müssen Maßnahmen zur interkommunalen Zusammenarbeit durch das Land gefördert und unterstützt werden (gemeinsame Lohnabrechnung, gemeinsame IT usw).
- Die sog. Hessereform von 2007 hat laut eigenen Angaben des Landes 40 % mehr Personalkosten und 30 % mehr Sachkosten erzeugt. Das Beispiel zeigt, dass populistische und vermeintlich einfache Vorschläge eher in das Gegenteil umschlagen können. Große Einheiten und zentrale Organisation sind nicht immer kostengünstig. Dazu kommt, dass die Organisation öffentlicher Dienstleistungen sich an Kriterien wie etwa dem Gemeinwohl oder der Bürgernähe zu orientieren hat. Landkreise sind keine Unternehmungen mit shareholder - Charakter.
- Die Vorstellung, mit einer Einsparung von 10 % des Personales oder der Reduktion von Landkreisen die kommunale Finanzsituation oder gar die des Landes zu sanieren, ist letztlich eine populistische und hilflose Illusion. Sie vernebelt nur die Verantwortung für die Situation.

Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider forderte angesichts dieser Fakten erneut eine sachliche und faire Diskussion im Saarland, auch in den saarländischen Medien. "Wir müssen aufhören, uns im Saarland wie die Brandstifter im eigenen Land zu benehmen", konstatierte die Vorsitzende des Landkreistages: "Jeden Tag wird an einer anderen Stelle des Nachbarn Feuer gelegt, damit der rote Schein des Feuers die Dunkelheit im eigenen Haus überdeckt."

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer

Tel.: 0681-95094516 oder 0175-2030080